

**Stellungnahme zum Antrag der Freien Wähler Eberbach zum Thema Windenergie
TOP 8, GR vom 27.7.2017**

1. Bei der Bürgerbefragung vor genau 2 Jahren hat sich der Bürgerwille in einem eindeutigen Ergebnis geäußert.
35 % der Bevölkerung nahmen teil (ein überraschend hoher Prozentsatz),
60 % = 2360 Personen befürworteten die Windkraftnutzung auf dem Hebert
40 % = 1618 Personen lehnten diese ab.

Die Annahme, bei einer heutigen Abstimmung sähe das Ergebnis anders aus, teilen wir nicht. Denn:

Auch mit Auswertung der 332 Einwendung aufgrund der Flyeraktion der „Initiative Bürger für Bürger“ im Juni lässt sich ein Wandel in der Einstellung der Bevölkerung nicht begründen.

Die eingegangenen Einwendungen dürften bereits in die Menge der Gegenstimmen von vor 2 Jahren fallen.

Bei einer Entscheidung des Gemeinderats gegen die Nutzung der Windenergie auf dem Hebert wird dem Bürgerwillen nicht entsprochen. Die Bürger, deren Meinung in Wahlkämpfen immer so betont wird, können sich durch eine solche Entscheidung nicht mehr ernst genommen fühlen.

2. Der Klimagipfel von Paris in 2015 machte deutlich, dass drastische Maßnahmen gegen den Klimawandel ergriffen werden müssen. Dort wurde deshalb auch weltweit eine Reduktion des Treibhausgases CO₂ beschlossen. Deutschland hat sich beim Pariser Klimagipfel verpflichtet, bis 2040 aus der Kohleindustrie, die CO₂ produziert, komplett auszusteigen. Ein ambitioniertes Ziel, das allein durch Energieeinsparung nicht erreicht werden kann. Wir brauchen einen Ausbau der regenerativen Energien und dazu gehört auch die Nutzung der Windenergie.

3. Die bisherigen Kosten für die Entwicklung des Windstandorts Hebert, die in mehreren Gemeinderatsentscheidungen mehrheitlich beschlossen wurde, sind nicht unerheblich.

Gelder sind bereits in die Flächennutzungsplanung (Beauftragung eines Büros) geflossen, die zumindest anteilig, von einem Betreiber zu übernehmen sind.

Und auch die unzähligen Arbeitsstunden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung dürfen nicht unerwähnt bleiben. Diese Kosten würden bei der Realisierung eines Windparks über Pacht bzw. Gewerbesteuer an die Stadt zurückfließen.

Wir haben kein Geld übrig, um Planungsprozesse aufgrund von Gemeinderatsbeschlüssen zu beginnen, um uns dann nach einiger Zeit ohne neue Erkenntnisse wieder davon zu verabschieden.

Die ca. 25.000,- €, die der heute zur Entscheidung anstehende Vermarktungsprozess die Stadt kosten wird, sind bei der Realisierung eines Windparks vom Betreiber zurückzuzahlen.

4. Auch erhält die Stadt vom Betreiber eines Windparks Pacht und Gewerbesteuer, was zu einer Verbesserung der städtischen Einnahmen im sechsstelligen Bereich führen wird.

Wir brauchen diese Geld, um unsere Straßen, Schulen, das Hallenbad, Feuerwehr und Kindergarten, um nur die dringendsten Beispiele zu nennen, zu sanieren bzw. zu erhalten und damit Eberbach voran zu bringen.

5. Zum Schluss ein ganz wichtiger Punkt:

Laut Gesetz ist der Windenergie substantiell Raum zu geben.

Das tut die Stadt mit der Ausweisung von Windvorranggebieten auf unserer Gemarkung.

Nur dadurch kann einem unkontrollierten Wildwuchs vorgebeugt werden.

Wenn Eberbach sich aus diesem Prozess zurückzieht, und es nicht gelingt per Flächennutzungsplan Windvorrangflächen auszuweisen, können Investoren an Standorten, die für die Windenergie geeignet sind, Windräder bauen.

Auch auf städtischer Gemarkung – sperrt sich die Kommune dagegen, gilt das als Verhinderungsstrategie (das hängt mit den Verträgen des Pariser Abkommens zusammen).

In dem Fall wird von höheren Instanzen entschieden werden wo Windräder gebaut werden dürfen. Die Stadt wird dann keinerlei Einfluss mehr darauf haben, wo Windräder gebaut werden und wo nicht – und dann könnten wir wirklich zum Windindustriepark Odenwald - wie von den Gegnern der Windenergienutzung befürchtet wird - kommen.

Ich wiederhole: auch auf städtischer Gemarkung wird die Stadt keinen Einfluss mehr haben wo Windräder gebaut werden und wo nicht.

So ist die gesetzliche Lage.

Diese wurde bei sämtlichen Veranstaltungen der IWE von fachkundigen Personen und auch bei der CDU-Veranstaltung sehr gut von Herrn Dr. Schütte dargestellt.

Aus obigen Gründen plädieren wir deshalb dafür, bei dem derzeit eingeschlagenen Weg zu bleiben.

Kerstin Thomson für die AGL Eberbach